

Kammerer Zeitung

Einzelhefte für Damen.
Einzelhefte für den Mann der einseitigen Konzeption.
Einzelhefte für die Arbeiter der einseitigen Konzeption.
Einzelhefte für die Arbeiter der einseitigen Konzeption.

Vollstrecker für Damen und Umgegend verbunden mit der
Märktischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Versicherung
nach Maßgabe der aufgestellten Bedingungen. Erleichtert
ist die Versicherung für die Arbeiter der einseitigen Konzeption.
Einzelhefte für die Arbeiter der einseitigen Konzeption.

Nr. 282

Montag, den 2. Dezember 1918.

46. Jahrgang

Die Soldatenräte für die Nationalversammlung.

Die große Versammlung der Berliner Soldatenräte letzte Sonntag ihre Beratungen fort. Ein Zwischenfall ist gleich zu Beginn die Verhandlung des Mandats eines Vertreters, der sich als Angehöriger der Frontsoldaten und Deserteure bezeichnet. Es wird festgestellt, daß er in einer Spionage-Veranstaltung überführt ist, aber nicht von der Front kommt. Ein Vorschlag, für solche Vertretungen die Bezeichnung „Beratung“ zu setzen, wird gegenstandslos, da die Versammlung beschließt, den Vertreter nicht zuzulassen. Dabei stellt sich heraus, daß er sogar dem Untersuchungsamt gegen den Soldatenrat angehört. Es wird sofort eine Erklärungsabgabe verlangt. Es versuchten noch andere Abordnungen vergebens, Einlass zu der Versammlung zu erlangen. Ein Schriftführer erklärte, es seien zehn Mann hier an der Tür erschienen, die behaupteten, 30.000 Arbeiter und Deserteure in Berlin zu vertreten. (Heiterkeit.) Der Ausschuß war nur von Wollensdorf unterdrückt. Die Firma Heise, die Wollensdorf und Müller. (Heiterkeit und Zustimmung.) Wir haben die Leute nicht herein gelassen. Verpönt werden sie ja von unsern Erbschaftskolonnen. Wie will man ihre Interessen noch besonders vertreten? — Ein bayrischer Vertreter gibt die Erklärung ab, daß der neu hier aufgetretene Vorlesende des Münchner Arbeiterrats nicht anerkannt werde. Man verlange, daß der Arbeiterrat unbedingt aufrechterhalten werde, um die Ergebnisse der Revolution zu sichern, die der Bayern sein Anderes, sondern bürgerlich ist. Alle Mitglieder des alten Systems im Auswärtigen Amt seien sofort zu entlassen, weil der Feind mit den vertrauenswürdigsten Menschen keinen Frieden machen könne. (Unruhe.) Sollten die Bedingungen Bayerns nicht erfüllt werden, so werde das bayrische Volk das Schicksal Deutschlands selbst in die Hand nehmen. (Unruhe; Rufe: Trauer, Trauer!) Rufe: Wo ist Ihre Legitimation? Die Erklärung geht aus von den Soldaten, Arbeitern und Bauernräten von Bayern. (Rufe: Falschung, nur aus München, wahrscheinlich von Kurt Eisner!) — Es folgt dann die Aussprache über die Nationalversammlung. Die Vorlesung der Redner ergibt, daß 24 Redner für, nur vier gegen die Nationalversammlung vorgehen.

Leidenschaftlich sprach als Gegner der Nationalversammlung der Vorlesende des Soldatenrats Gloschinski. Kommen werde die Nationalversammlung schon, aber man sehe doch hin, welche Blätter in den Schrei für die Nationalversammlung einstimmen. Blätter, die sonst nichts für das Recht des Proletariats übrig hätten. Kann man eine Kirche auf einem Sandhaufen bauen, eine sozialistische Gesellschaft auf einer kapitalistischen Grundlage? Man soll sich doch nicht immer grübeln lassen durch die Verleumdung von Hunger, Blut, Dreck, Völkermord. Besonders die Leiden unter solchen Verleumdungen, die für den Sozialismus nie gedungen haben oder zu sterben bereit waren. Der Redner spottet über die Konjunkturpropheten. Es gibt keine Gefahr des Terrors von links (Zustimmung und Widerspruch), nur eine von rechts (Widerspruch). Die Gefahr ist, daß der Kapitalismus schnell noch mit seinem Geheiß zu retten sucht, was möglich ist. Vor Recht alle Achtung! Leider fiel in diesem Saale der Ruf gegen ihn: Niederstich! Wer das tut, der bejude ist sich selbst am meisten. Die Fiktion des Proletariats ist kein Verbrechen. Der kommende Ordnungsbefehl führt zur Niederlage der Revolution. Seien Sie auf der Hut! — Lieutenant Wöllner: Die Verantwortung ist nicht zu tragen ohne Stütze auf die breiten Massen. Also Nationalversammlung! (Beifall.) Das alte System ist ja zusammengebrochen, weil es das Volk für unwürdig hielt. Soll das so weitergehen? — Ludwig feiert das ganze Beispiel der russischen Revolution. (1) Er sei ja nicht dafür, daß noch viel Blut fließen soll, aber die Nationalversammlung bedeute eine Gefahr für die sozialistische Republik. Die Ausführungen dieses Redners werden unter Protest als Mißbrauch bezeichnet. Der Vorlesende widerspricht. Hier breche jeder, wie ihm der Schnabel gewachsen sei. Es wird eine Resolution für die Nationalversammlung und mit der Anforderung zur Arbeit für die soziale Republik eingebracht, die auch die Gruppe Gloschinski unterschrieben hat. Infolge dessen endet die Sitzung mit einem fast einstimmigen Beschluß. Nur zwei Delegierte widersprechen.

Eine Erklärung Eder's.

In der Sitzung des Sozialdemokratischen Parteiausschusses führte, wie wir einem Bericht des „Vorwärts“ entnehmen, Eder u. a. aus: Die Initiative zu den Vorfällen in Berlin ist von der Sozialdemokratischen Partei ausgegangen. Am Freitag vor dem Revolutionsamstag stellten wir das bekannte Ultimatum, dessen Folge es war, daß wir die Sitzung der Regierung in die Hände bekamen. Unter diesen Umständen nahmen wir Führung mit den Unabhängigen wegen ihrer Beteiligung an der Regierung. Erst am Sonntag kam es dann zu einer Vereinbarung. Das muß festgestellt werden, weil die Dinge draußen vielfach dargestellt werden, als hätten die Unabhängigen die Revolution „gemacht“ und hätten uns erst nachgezogen. Nun sind Beschreibungen im Gange, eine Regierung Haase-Liebsteins zu suchen und die Vertreter unserer Partei aus der Regierung herauszubringen. entgegenüber stellt sich die Regierung durch auf den Standpunkt der Umwälzung mit den Unabhängigen, nach der Präsentation der in der Regierung einredenden Personen lediglich Sache jeder der beiden Parteien ist. Unsere Partei wird es nicht dulden, daß ihr bei der Auswahl ihrer Vertrauensleute von außen her Vorgriffe gemacht werden. In diesem Sinne haben wir heute in einer Resolution gegen die Umwälzung der Münchner Räte eine Entschließung herbeizuführen gesucht. Für diese Entschließung war einer der Unabhängigen zu haben. Wir werden uns mit den Kollegen, deren Ausscheiden aus der Regierung in der Münchner Entschließung geordert wird, solidarisch erklären. Die Kompetenzen der Regierung und des Parteiausschusses sind nunmehr endgültig abgegrenzt. Die Lage ist so ernst, daß sie nur gemeinlich werden kann, wenn der Reichsregierung die Exekutive überlassen wird.

Die Wahlordnung zur Konsultation.

Die neue Wahlordnung für die Nationalversammlung bestimmt, daß auch Personen des Soldatenstandes wahlberechtigt sind. Ausgeschlossen sind nur Entmündigte oder unter vorläufiger Vormundschaft stehende, ebenso derjenige, welcher nach rechtskräftigem Urteil der bürgerlichen Ehrenrechte ermangelte. Namenunterstützung und Konkrete sind nicht mehr mit dem Verlust des Wahlrechts verknüpft. Voraussetzung der Berechtigung, zu wählen, ist mindestens einjährige Reichsangehörigkeit. Auf durchschnittlich 150.000 Einwohner, berechnet nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910, entfällt ein Abgeordneter; ein Ueberschuß von mindestens 75.000 Einwohnern wird dem vollen 150.000 gleichgestellt. Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 100 Wahlberechtigten des Wahlkreises unterzeichnet sein; sie dürfen nicht mehr Namen tragen, als Abgeordnete im Kreise zu wählen sind. Mehrere Wahlvorschläge können miteinander verbunden werden.

hunden werden. Die Verbindung ist von den Unterzeichnern oder ihren Bevollmächtigten übereinstimmend bis zu einem bestimmten Wahltermin bei dem Wahlvorsteher anzumelden. Eine solche Verbindung kann nur gemeinsam zurückgenommen werden. Zur Prüfung der Wahlvorschläge und der Verbindung der Listen wird in jedem Wahlkreis ein Wahlausschuß aus einem Vorstehenden und vier Beisitzern gebildet, die mit Stimmenmehrheit entscheiden.

Einer in München ausgetreten.

(TU) Der bayrische Ministerpräsident Eisner ist gestern im Nationaltheater in München bei einer Revolutionsfeier regelrecht ausgepfiffen worden, noch dazu von einer eingeladenen Zuhörerschaft. Als Eisner zu einer Ansprache auf die Bühne trat, wurde gepöbelt, und Schmähsprüche gegen ihn wurden laut, ebenso an den Beifall heischenden Kraftstellen seiner Rede. Die Zuhörerschaft bestand meist aus heimgekehrten Soldaten und aus Hoch- und Mittelschulen, denen diese Revolutionsfeier besonders gewidmet war. Nach der sonntäglichen Standmusik an der Hofherrenhalle wollte Eisner an das Publikum von der Freitreppe aus eine Rede halten, entsetzte aber einen Entrüstungssturm und mußte sich hinter die Rednerbühne flüchten, verfolgt von der empörten Menge, die sofort die rote Fahne von der Wache herunterholte und in Fehden rief. Dann erschallten die Rufe: „Ja Eisner! Die Wölfe holen!“ Gemeint war das Jochen aus dem Felde zurückgekehrte Infanterieregimenten, dessen kleinste Entlassung der Soldatenrat betreibt. Die Menge stürmte dann zu dem nahegelegenen Ministerium des Außern, die davor stehenden Denkmäler in den Anlagen wurden schnell erklert, und: „Haus, Eisner, raus, raus!“ schallte es zu den Fenstern des Ministeriums empor. Die im Hofe bereitgehaltenen Leibwache, darunter Matrosen mit Karabinern, stürzten auf die Straße und hielten die Menge mit Schreckschüssen und einem rasch aufgestellten Maschinengewehr in Schach und erzwingen auch schließlich die Verzeihung der Menge, deren Abzug unter dem Gesang bayerländischer Lieder erfolgte.

Die Feinde haben uns nie den Frieden angeboten.

Aus dem Auswärtigen Amt wird noch einmal ausdrücklich bestätigt, daß in keinem Zeitpunkt des Krieges von feindlicher Seite amtlich oder in hinreichend glaubwürdiger Form mit einem Friedensangebot an uns herantreten worden ist.

Zu der Frage der Kriegsschuld.

sagt der im bayerischen Landtagsbericht als Gewährsmann genannte frühere Staatssekretär Zimmermann zu einem Vertreter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“: Wir sind in der Tat der Ansicht gewesen, daß mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages die Schuldfrage gelöst war. Die während des Krieges bekannt gewordenen schriftlichen Urkunden beweisen, daß Russland schon seit Jahren der selbstigen Regierung den Gewerkschaften gegenüber die Verantwortung zu übernehmen hatte. Daß Deutschland sich gegen die großrussischen Machenschaften zur Wehr setzte, war nicht nur sein gutes Recht, sondern auch im Interesse einer Gesundung der Verhältnisse in Europa. Wir haben Österreich-Ungarn zu einem Vorgehen gegen Serbien weder zugezwungen, noch aufgefordert, uns die mehr lediglich darauf beschrankt, ihm davon nicht ausdrücklich abzuraten. Der Inhalt des Ultimats an Serbien war uns unbekannt. Das von uns für zu scharf gehaltene österreichisch-ungarische Ultimatum ist uns erst so spät von Wien mitgeteilt worden, daß uns eine Möglichkeit, auf eine Milderung hinzuwirken, nicht mehr gegeben war. Unsere auf Befriedigung des Konfliktes zwischen unterm Vundesgenossen und Serbien gerichteten Bemühungen waren wohl erfolgreich gewesen, wenn England seinen großen Einfluß auf Petersburg ebenso energig geltend gemacht hätte, wie wir unseren in Wien. Schließlich hatte dann die russische Beamtenmacht, die von den zum Kriege dringenden Gewaltmaßnahmen in Petersburg überführt wurde, unsere Bemühungen zum Scheitern gebracht. Deutschland muß hiernach die Verantwortung für die Einwickelung des österreichisch-serbischen Konfliktes zum Besten der Welt dann selbstgeleitet werden können, wenn dem Staatsergebnisse oder noch besser einem internationalen Gerichtshof das einträgliche Material gewährt wird. Eine Untersuchung der Schuldfrage durch einen solchen unparteiischen Gerichtshof wäre zweifellos an sich unter schwersten Bedachtungen stehenden deutschen Staatsmännern nur erwünscht.

Eine v. sparte Rede Lloyd Georges.

Erst jetzt kommt die Nachricht von einer Friedensrede Lloyd Georges, die dieser bereits am 12. November vor seinen liberalen Wählern gehalten hat. Lloyd George bekennt sich darin zu folgendem Programm:

„Auf welchen Grundlagen kann ein Weltfrieden aufgebaut werden? Wollen wir zurückfallen in alle nationale Rivalitäten und Interessen und konstante Kämpfe? Oder wollen wir den Zustand des „Friede auf Erden“ schaffen? Es ist nach meiner Ansicht Aufgabe des Liberalismus, seinen Einfluß nach der Richtung auszuüben, daß hinfort der Friede die Welt regiere. Wie sollen also die Friedensbedingungen sein. Sie müssen zu einer Einigung führen, die von Grund aus gerecht ist. Keine Einigung, die gegen das Prinzip der Gerechtigkeit gerichtet ist, wird eine dauernde sein. Der Friede 1870/71, der von Deutschland Frankreich auferlegt wurde, warf alle Prinzipien der Gerechtigkeit, von Treue und Glauben über den Dämon. Wir wollen uns dieses Beispiel als Warnung dienen lassen. Wir dürfen nicht erlauben, daß irgendein Gefühl der Rache bei den Friedensbedingungen die Grundprinzipien umstößt. Einseitige Vorteile werden gemacht werden, um die Regierungen durch Drohungen einzuschüchtern, um von den Forderungen des Rechts abzugehen und niedrigen, schmutzigen Ideen, diktiert von Habguth und Rache, zu folgen. Wir müssen uns dagegen mit aller Entschiedenheit wehren. Der Völkerverbund wird in Zukunft mehr denn je notwendig sein. Eine große Anzahl kleiner Nationen ist in Europa entstanden. Diese müssen geschützt werden gegen die Habguth und den Ehrgeiz ihrer Nachbarn. Der Völkerverbund sichert Frieden und Einschränkungen der Rüstungen. Die Einschränkung der Rüstungen aber ist eine Garantie, daß wir die allgemeine Dienstpflicht los werden. Selbstverständlich müssen wir in unserem Lande eine tüchtige Armee haben als Sicherheit für das Reich, aber ich sehe bei Schaffung des Völkerverbundes eine Weltlage kommen, die in keinem Lande die allgemeine Dienstpflicht notwendig macht.“

England verbietet die deutsche Ausfuhr nach Schweden.

Wie schon der deutschen Regierung aus drahtlosem Wege bekannt wird, hat England die Ausfuhr von Deutschland nach Schweden verboten mit Ausnahme solcher Waren, die wie Kohlen, Stahl und Salz unbedingt zu den Rohwaren zu rechnen sind. Alle Fabrikate dagegen werden von dem Verbot betroffen, das sofort in Kraft getreten ist. Schwedische Schiffe, die in deutschen Häfen bereits Ladung eingenommen hatten, müssen diese vor ihrer Abreise löschen.

Die Engländer in der Ostsee.

(TU) Das in Kopenhagen liegende englische Geschwader wird, wie jetzt gemeldet wird, nicht nach Kiel gehen, um wie zuerst angenommen wurde, die Abreise der deutschen Kriegsschiffe zu überwachen. Das Geschwader wird in der Ostsee kreuzen und verschiedene Offiziere belegen. Das englische Geschwader, das die Entwaffnung der deutschen Kriegsschiffe überwacht, geht direkt von England nach Wilhelmshafen und von dort nach Kiel. Das englische Geschwader wird auch nicht, wie erwartet wurde, heute die Ostsee ansetzen; diese scheint jedoch noch bevorzuziehen, da die Mannschaften gestern keinen Landurlaub erhielten. Nach einem Telegramm aus Bergen trat dort gestern der letzte Handelsgeiz aus England ein. Zukünftig werden die Schiffe wieder ohne Geleitz von Kriegsschiffen über die Nordsee fahren. Es sind bereits Berichte ergangen, welche Routen einschalten sind, um den Wiedereintritt aus dem Wege zu gehen.

Die Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen zur See.

1. Wie Wolff von zuständiger Stelle hört, ist die Abgabe von Kriegsschiffen zur Internierung beendet, bis auf das Linienkrieger „Admiral“, den kleinen Kreuzer „Dresden“ und ein Torpedoboot. Letztere werden Anfang Dezember nach England übergeführt. Die letzte (6.) U-Bootschiff ist am 29. November von Helgoland in See gegangen. Es sind damit im ganzen 122 U-Boote zur Internierung gelangt. Mit dieser Staffel fährt auch ein Dampfer, welcher die noch abzulebenden Torpedos überführt.

2. In der Ostsee sind die Räumungsarbeiten an den Minen- und Versperrern im Gange. Sowohl der Rangeland-Welt wie der Sund sind ohne Loisenhilfe passierbar. Damit sind die Wege in der Ostsee frei und die diesbezüglichen Bedingungen des Waffenstillstandes erfüllt. — Auch die Transporte in der Ostsee sind nunmehr in die Wege geleitet. Hierzu sind aus Petersburg kommende Kohlendampfer bei ihrer Rückkehr herangezogen worden. Man hofft, aus Finnland und Neval den Abtransport in 14 Tagen zu bewerkstelligen. Es folgt

hant der Abtransport aus Sibau, der längere Zeit in Anspruch nehmen wird.

3. Ueber den Aufenthalt der deutschen Kriegsschiffe in England ist noch nichts Näheres bekannt. Nach den letzten Meldungen standen sie vor dem Firth of Forth. Ueber das Minenlegen in der Nordsee schreiben mit den Engländern zurzeit noch Verhandlungen.

4. Die in Sevastopol liegenden russischen und deutschen Schiffe, sind an die Alliierten abgegeben.

Ebert über die nächsten Ziele der Revolution.

Der Volksbeauftragte Ebert sprach gestern Mittag im „Reichstag“ zu Berlin vor einer sehr als tausendköpfigen Versammlung über die Ziele und Wege der Revolution und führte u. a. aus: Die Revolution darf nicht zu einer Diktatur werden. Unsere Aufgabe ist es, ein demokratisches, freies Deutschland zu schaffen. Jede Diktatur von rechts oder links wird das Volk bekämpfen. Den Grund eines demokratischen freien Deutschlands bilden nur die Nationalversammlung und der Nationalrat. Der Nationalrat ist die erste Aufgabe der Nationalversammlung. Die erste Aufgabe der Nationalversammlung wird sein, die drohende Zerschlagung Deutschlands aufzuhalten. In einem einzigen, freien Deutschland hat gerade die Arbeiterklasse das größte Interesse, nicht aber das aus nationalen Gründen, sondern aus allen aus wirtschaftlichen Gründen. Die erste Aufgabe der Nationalversammlung ist, die ungeliebten den Frieden zu bringen. Das deutsche Volk ist infolge des Krieges im tiefsten Elend. Wir werden die Not lindern. Nach dem Kriege nicht um eine Reihe von Monopolen herumkommen. Wir werden die großen Vermögen beschneiden und sind für eine vollkommene Einziehung aller Kriegsgewinne. Die Erbschaftsteuer wird stark ausgebaut werden, ebenso das Erbschaft des Staates, aber Ordnung, Disziplin und Arbeit sind die Forderungen. Wir haben keine Lust, eine Herrschaft von nur zwei Monaten aufzurichten und uns dann durch irgend eine Gewalttätigkeit wieder hinauszuwerfen zu lassen. Wir wollen ein ruhiges, gesundes und von allem Elend befreites deutsches Volk.

Hunderttausende von Anstellungsstellen.

(W) Ein Aufruf Hindenburgs mit, daß die Vorarbeiten zu einem großen Anstellungsamt im Gange sind, wodurch auf billige Erwerbenden Hilfen mit billigen öffentlichen Geldern für Landwirte, Gärtner und ländliche Handwerker Hunderttausende von Stellen eröffnet werden, für städtische Arbeiter, Angestellte, Beamte und Angehörige verwandter Berufe Häuser in Gartenstädten und Gartenvorstädten erbaut und gegen mäßige Vergütung und Selbstkosten übergeben werden. Der Aufruf schließt mit der Aufforderung an die Arbeiter, die mit bisher nicht gekannter Zerschlagung und ebenbürtigen Opfer 50 Monate hindurch die heimatische Erde schützten, das Vaterland nochmals durch deutsche Manneszucht und deutschen Ordnungssinn zu retten und sich die eigene Zukunft und das eigene Glück zu bereiten. Ein Aufruf des Staatssekretärs Bauer fordert die aus dem Kriege heimkehrenden Landarbeiter und alle, die auf dem Lande vor dem Kriege tätig waren, auf, nicht in die Städte und Industrieregionen, sondern auf das Land zu gehen, wo mehrere Millionen Hektar Raum zur Besiedlung bereitgestellt werden. Für alle gäbe es jetzt Unterkunft und lohnende Beschäftigung, weil

mehr als eine Million Kriegsgefangene und Wanderarbeiter ihre Arbeitsplätze verlassen. Die alten Ausnahmestellen gegen die Landarbeiter und die Gefindordnung sind außer Kraft gesetzt, die Arbeits- und Lohnverhältnisse werden durch Tarifverträge zwischen den Organisationen der Landarbeiter und den Gutbesitzern geregelt. Zur Befriedigung der nötigen Wohnungen und zur Bereitstellung von Nahrung für den Haushaltsbedarf sollen die Gemeinden verpflichtet werden.

Erkrankung Kaiser Wilhelms?

Schweizer Nachrichten zufolge soll Kaiser Wilhelm erkrankt sein. Die Krankheit, heißt es, sei ernst. Seit einer Woche sei der Kaiser krank. Gleich nach seiner Ankunft auf holländischen Boden habe er sich infolge der überhöhten Aufregungen unwohl gefühlt und sei seiner nächsten Umgebung nur wenige Stunden am Tage sichtbar gewesen. Später fiel er in eine tiefe Grippe ein. In den letzten Tagen soll sich sein Zustand verschlimmert haben, so daß die Kaiserin benachrichtigt wurde. Nach den letzten Meldungen gibt sein Befinden zwar keinen Anlaß zu unmittelbaren Besorgnissen, doch dürfte seine vollkommene Wiederherstellung noch lange Zeit in Anspruch nehmen.

Aufruf an die Bergarbeiter.

(W) Der Soldatenrat der 6. Armee erläßt folgenden Aufruf: Mehr als vier Jahre hielt uns ein gemeinsames Band zusammen. Wir standen auf dem Wall der Feste. Ihr hattet die Waffen geschmiedet. Es waren falsche Ideale, für die wir gekämpft, es waren Truggebäude, für die ihre Arbeit eingesetzt habt. Die Stunde der Befreiung von dem Bann ist gekommen. Ihr und wir haben gemeinsam daran teil. Nun fragt ihr uns: „Was wollt ihr?“ Und wir sagen offen und ehrlich: Wir wollen endlich Frieden. Wir wollen in unser Heim einkehren. Bestenfalls der Weg ist verheerend. Euer starker Arm muß jetzt alle Räder in Gang halten, sonst kippen wir in den Strudel des Elends. — Hat die neue Zeit keine Ideale? Hat sie nichts zu bieten, was das im Weltkrieg gereichte Leben uns wert macht, das man es liebt? Die Soldaten wollen die Beseitigung von dem, was wir erlitten haben. Wir müssen uns Ziel setzen. Nur ein Schritt trennt uns vom Land der Zukunft. Jetzt aber dürfen wir uns nicht um den Friedenspreis betreiben. Jetzt dürfen die Kräfte unter Tage nicht versagen. Ihr dürft uns nicht verhindern, nach Haus zu eilen, um unser neues Glück zu gewinnen. Eine Arbeitseinstellung in der jetzigen Zeit würde den Zusammenbruch herbeiführen und die Erntegewinne der Revolution vernichten. — Trete mit uns für die sofortige Einberufung der Nationalversammlung ein. Kämpfe mit uns gegen die Diktatur von oben und unten. Arbeiter unter Tage, ihr müßt helfen, ihr, die ihr doch unsere Brüder seid! Die Soldaten haben vor dem Feinde gehungert und gefroren, haben die schwersten Anstrengungen ertragen. Uns dürft ihr nicht Vortritt und Arbeit verweigern. Feiert nicht! Feiert uns!

Kleine Nachrichten.

Ueber die Höhe der Gehälter der Reichsbeamten laufen allerhand Gerüchte um. Nach Mitteilungen von amtlicher Stelle ist zwischen dem Reichsfinanzamt und der Reichskasse eine Vereinbarung zustande gekommen, wonach jeder der sechs Stellen reichlich ein Fünftel von dem Einkommen des früheren Reichsfazlers bezieht, das waren etwa 20 000 Mark.

Reuter meldet aus London: Die britischen Truppen haben bei Bohn und Stavet die deutsche Grenze erreicht. Seit dem 11. November sind über 1400 deutsche Gefangene in die Hände der britischen Truppen gefallen.

Reuter meldet aus London: Die englischen Seestreitkräfte haben während des Krieges ungefähr 250 Schiffe beschlagnahmt. Die Mehrzahl dieser Schiffe hat die Regierung rezentriert. Tausend der Verlust der Schiffe und Waren wurden bisher 14 Millionen Pfund Sterling erzielt.

Das tschechisch-slowakische Pressebureau meldet aus Podgorica: Die große montenegrinische Skuptschina beschloß einstimmig, König Nikolaus und sein Haus abzusetzen und Montenegro unter König Peter mit Serbien zu vereinen.

Am der Schweizer Grenze sind bereits zahlreiche deutsche Gefangene, die in der Schweiz

angefallen und eingetroffen. Die Schweizer verweigern ihnen vorläufig den Eintritt. Clemenceau, Orlando, Sonnino und Lord Derby sind nach London abgereist. Noch schließt sich ihnen unterwegs an.

Deutschland.

Der Zusammenschluß der Deutschen Volkspartei mit der Demokratischen Partei zu einer einzigen demokratischen Partei steht, wie verlautet, unmittelbar bevor.

(Die Armee Madenken.) Die Waffenstillstandskommission in Spa besaßte sich mit der Frage der Internierung der Armee Madenken, über welche weitere Verhandlungen geführt werden. Nach dem deutschen Waffenstillstandskommissionen darf die Armee Madenken nicht interniert werden, sondern muß sich unverzüglich hinter die deutsche Grenze zurückziehen.

(Ueberwachung der Kriegsgefangenen.) Der Volksrat hat eine Abteilung für Ueberwachung der Kriegsgefangenen geschaffen, die die Kriegsgefangenen überwachen und dem Volksratsmitglied Bernhagen unterstellt ist. Ihr Sitz ist im Abgeordnetenhaus, Zimmer 41c. Dort sind alle sich auf die Befriedigung solcher Stellen betreffenden Zuschriften zu richten.

(Der Streik in Dörschleien.) Die gestrigen in Rotterdam zwischen den Grubenbesitzern und den Bergarbeitern zu Ende geführten Verhandlungen haben zur Annahme der Arbeiterforderungen geführt.

(Eine schwere Munitionsexplosion in Belgien.) Von der holländischen Grenze wird gemeldet, daß in der Nähe von Südt, am Bahnhof Ans, ein Zug mit 70 Munitionswagen explodiert sei. Es gab achtzig Tote und viele Verwundete. Der Materialschaden ist sehr groß.

(Die geistliche Erbschaftsaufsicht aufgehoben.) Die geistliche Erbschaftsaufsicht in Preußen ist von jetzt ab aufgehoben. — Die bisherigen Inspektoren bleiben solange im Amt, bis ihre Verfügungen durch die Kreisinspektoren übernommen sein werden. Die Uebernahme ist unverzüglich in die Wege zu setzen und muß am 31. Dezember abgeschlossen sein.

Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung: Hoffmann, Saefisch. Im Interesse der baldigen Wiederaufnahme des vollen Unterrichtsbetriebes bitten wir das preussische Kriegsministerium, zu verfügen, daß bei der bevorstehenden Demobilisierung alle Lehrer ohne Rücksicht sofort entlassen werden.

Ministerium des Innern: Hoffmann. (Kriegliche Demokratie.) Die Brünen Friedrich Leopold (Vater und Sohn) teilen mit, daß sie der Deutschen demokratischen Partei beigetreten seien.

(Englische Arbeiterforderungen.) In der Arbeiterversammlung in der Londoner Albert Hall wurde eine Entschließung angenommen, in der folgendes verlangt wird: Begründung eines demokratischen Volksbundes auf der Grundlage der Abschaffung der Verfassung, der Wählung und des Wahlrechts, der Wählung aller Bürger, darunter Irlands und der anderen zum britischen Reich gehörenden Völker. Ferner wird die Zurückziehung des alliierten Heeres aus Rußland, die sofortige Wiederaufnahme der Arbeiterinternationalen und die Aufnahme eines internationalen Arbeiterbundes in den Friedensvertrag gefordert. Ferner wurde beschlossen, daß für die Gründung einer täglich erscheinenden Arbeiterzeitung 100 000 Pfund Sterling eingezahlt werden. — Ramsay MacDonald erklärte in einer Rede, in der er wiederholt unterbrochen wurde, daß nicht nur die Industrie, sondern auch die Politik des Parlaments sowie die internationalen Beziehungen unter der Aufsicht der Arbeiterpartei kommen müßten.

(Zehnflügelnde Russen verhaftet.) Auf dem Schlesischen Bahnhof in Berlin war am Sonnabend nachmittag ein Transport von 300 russischen Kriegsgefangenen angekommen, um von Berlin aus weiterbefördert zu werden. Das Transportkommando entfernte sich jedoch von den Gefangenen und überließ diese sich selbst. Eine größere Anzahl von ihnen machte sich diese Gelegenheit zunutze, um in der Umgebung des Bahnhofes zu fliehen. Sie trugen Gewehre und hatten auf sich, angeblich ein einzeln, in Wirklichkeit aber um zu fliehen, was sie für mitnimmenswert hielten. Eine ganze Reihe von Gefangenen wurde auf diese Weise von ihnen befreit. Der Leiter des Sicherheitsdienstes Prinz Janke

sofort eine Verhaftung anordnete, der es gelang, 15 der Russen einzufangen. Sie wurden in das Militärgefängnis eingeliefert.

— Eine Kanone für 10 Kronen. Auch von der bairisch-österreichischen Grenze wird gemeldet, daß zurückgelassene österreichische Soldaten ihre Ausrüstungsgegenstände, aber auch Kanonen, einfach verlassen, und zwar zu Schuttschuppen. So brach man davon, daß österreichische Soldaten Kanonen zu 10 Kronen angeboten haben, Säbigen für 100 Kronen, Maschinengewehre für 1—2 Kronen, Pferde für 100 Kronen.

— Tausende von Zentnern Wolle verbrannt. Von einem mächtigen Brande wurde die chemische Bleicherei in Debaran heimge sucht. Aus noch unermittelten Ursachen waren Vorräte an fertigen und rohen Waren, Delvorräte und das Kohlenlager in Brand geraten. Tausende von Zentnern Wolle und Delvorräte wurden ein Raub der Flammen. Das Maschinenhaus, die Spinnerei und die Bleicherei konnten vor einem Uebergreifen des Feuers bewahrt werden.

Westfalen u. Rheinland.

Duisburg, 29. Nov. Die unabhängige sozialdemokratische Partei hatte ihre Anhänger zur Tonhalle eingeladen. In Verbindung des Redners Dr. Erdmann-Düsselhof sprach der hiesige Führer der Unabhängigen, der Bader Rogg, über die bekannten Ziele der Unabhängigen: die Verstaatlichung der Großindustrie, des Grund und Bodens usw. Die Nationalversammlung bezeichnete er als eine Gefahr für die Revolution. In der Aussprache griff auch ein Mitglied des U.S.M., der Gewerkschaftssekretär Rudolph ein, der die augenblickliche Tätigkeit der U.S.M. als ein mildes Durchwandern bezeichnete. Wenn auch jeder das Beste zu tun gewillt sei, so könne er sich doch denken, daß es idealere Zustände gäbe als unter der Herrschaft der U.S.M. Man solle nicht in den Fehler der Diktatur verfallen, sondern sämtliche Volksgesetze sollten mitarbeiten zur Verwirklichung geordneter Zustände. Augenblicklich bilde jeder U.S.M. der verschiedenen Städte eine kleine Republik, die keine Verbindung mit den anderen Städten habe und aus Egoismus Anordnungen treffe, die dem Gesamtwohl schaden. Deshalb müßten diese Zustände sehr bald aufhören, denn sonst führten sie zum Ruin des gesamten Volkes. Parteiführer Schluchmann von der sozialdemokratischen Partei unterstrich diese Ausführungen und forderte ebenfalls die Nationalversammlung.

M.Gladbach, 30. Nov. Zu äußerst frühen Auftritten kam es, wie die „M.G.-Bl.“ mitteilt, hier in einer vom Zentrum einberufenen Versammlung, die von etwa 3000 Personen — darunter auch zahlreiche Unabhängige — besucht war. Der Hauptredner war der Geistliche Dr. Meffert vom katholischen Volksverein, der die Zentrumspolitik darlegte. Der Redner sagte im Hinblick auf die Wichtigkeit von Ordnung und Ruhe: „Wir haben allen Grund, die Franzosen als Schlichter der Ordnung zu begrüßen.“ Der sozialdemokratische Diskussionsredner Del aus Düsseldorf bezeichnete diesen Anspruch als Landesverrat. Die Versammlung artete

in eine wilde Diskussion aus. Schließlich trat Dr. Meffert wieder ans Rednerpult, und schloß sich man — Reden und Gegenreden waren nicht mehr zu verstehen — wie Dr. Meffert seinem Gegner Del ein Glas Wasser in die Hand drückte. Dieser schloß dann mit Segnungsgewissen auf die Rednerbühne hinaus, von der anderen Seite kamen Demonstrationshänger, und nun entwickelte sich eine regelrechte Schlägerei, bis schließlich Dr. Meffert von seinen Gegnern gepackt und von der Bühne in den Saal hinuntergenommen wurde. Zentrumsleute fingen den Geistesigen auf und führten ihn aus dem Saale. Dann kamen die Sozialisten der Arbeiterpartei, während die Mehrzahl der Versammlung „Deutschland, Deutschland über alles“ anstimmte. Der Vorfall gab, als einermassen wieder Ruhe eintreten war, die Erklärung ab, daß keine Freunde den Vorfall beklagten, er sei aber mit der Erregung von Dr. Meffert zu entschuldigen. Del erklärte dann seinerseits, der Anlaß zu dem Vorfall sei sein Jure gewesen: „Sie wußten doch, daß Deutschland den Krieg begonnen hat und nicht überfallen wurde.“ Damit ging dann die Versammlung unter andauernder Erregung auseinander.

Ständige Familienanschlüsse finden. Meine Tochter ist ein stiller, sanfter Charakter und Ihr Bild hat ihr sehr gefallen. Unter liegt in herrlicher Umgebung und in nächster Nähe eines vielbesuchten Kurorts, dessen Reize Ihnen einige Anregung bringen wird. Ständige Verpflegung versteht sich von selbst. Zwei freundliche Zimmer neben denen meiner Tochter sind für Sie bereit, und wir Menschen mit denen Sie leben läßt. Nun teilen Sie mir, bitte, umgehend mit, ob Sie die Stellung annehmen wollen, und welches Gehalt Sie beantragen. Dann werden wir hoffentlich bald einig.

Hochachtungsvoll
Frei Frau von Brinken auf Brinkenhof in Thüringen.

Der Brief gefiel Diane sehr. Und sie war sofort gewillt, diese Stellung anzunehmen. Nachdem sie eine Weile überlegt hatte, entschloß sie sich, Onkel Joachim diesen Brief zu senden. Sie schrieb dazu:

„Mein lieber, teurer Onkel Joachim! Bitte, lies den beifolgenden Brief und teile mir mit, ob Du meinst, daß ich diese Stellung annehmen soll. Ich werde Frau von Brinken heißen, gleich schreiben, daß es mir am liebsten ist, wenn sie mir gar kein Gehalt zahlt, damit ich etwas unabhängig bin. Ich habe das Gefühl, als müßte ich das sehr lieb sein, und Du siehst es auch lieber.“

Ich erwarte Deinen umgebenen Bescheid, denn wenn ich Antwort von Frau von Brinken erhalte, muß ich mich schnell entscheiden.“

Ich sende Dir tausend innige Grüße.
Deine Diane.

In diesem Sinne schrieb Diane denn auch sofort an Frau von Brinken.

(Fortsetzung folgt.)

Arme Diane.

Original-Roman von H. Courths-Mahler.
(Nachdruck verboten.)

25. Fortsetzung.

Erst als der Brief an Diane erledigt war, gedachte Graf Joachim von Rastanau es über sich, seine anderen Briefschaften durchzusehen. Er als das erledigt war, vermochte er es über sich, seine anderen Briefschaften durchzusehen. Aber dazwischen sah er immer wieder Diane mit blauen, verführerischen Augen und entsetzten Augen vor sich.

Er schaute auf. Daß er sie vor dieser Verführung nicht hätte schützen können!

In die Möglichkeit, daß Frau Doktor Curzei versuchen könnte, auch nach Rastanau, das Gift ihrer Verleumdung zu spritzen, dachte er vorläufig wenig. Seine Sorge galt heute vornehmlich Diane. Er glaubte auch nicht, daß Frau Doktor Bartels wegen milder, ihn und seine Gemahlin zu beschließen. Diane war ihr ihriglos preisgegeben gewesen. Das hatte ihre niedrige Natur gereizt. Daß er selbst sich ihre Verleumdung nicht so ohne weiteres gefallen lassen würde, mußte sie wissen. Sie hatte wohl Diane gegenüber nur ihrem Wollte Luft gemacht, weil diese ihre Entlassung gewünscht hatte und sich deshalb in niedriger Weise gerächt.

Sollte sie aber dennoch wagen, sich an seine Frau zu drängen — dann mußte er die Folgen tragen und der Gefahr begegnen wie ein Mann.

Vorläufig konzentrierte sich all seine Sorge auf Diane.

Als er heute mittag zu Tisch kam und seiner Gemahlin gegenüber saß, sah diese ihm befohlen ins Gesicht.

„Was ist dir, Joachim? Du siehst so blaß aus, als fiele dir nicht wohl. Oder hastest du Hunger und Unannehmlichkeiten?“ fragte sie liebevoll.

Er schüttelte lächelnd den Kopf.

„Es ist nichts, Stefanie — nur ein wenig Kopfschmerz. Und allerlei geschäftlichen Kummer. Aber das darf dich nicht beunruhigen.“

Er lächelte ihr die Hand und nahm sich zusammen. Es gelang ihm sogar, sich mit Stefanie zu reden. Aber seine Gemahlin kannte ihn doch viel zu gut, um an seinen leichten Ton zu glauben. Sie merkte sehr wohl, daß ihm etwas quälte. Aber sie pflegte sich niemals in sein Vertrauen zu drängen, sondern wartete immer ab, bis er es ihr freiwillig entgegenbrachte.

Diane hatte wirklich am nächsten Tage, wie schon am Tage vorher, auf dem Postamt nach Briefen für sie gefragt. Gestern war es vergeblich gewesen, aber heute hielt sie nun auf dem Brief Onkel Joachims in den bebenden Händen.

Schnell ging sie nach der Pension Wismann zurück, und in ihrem Zimmer angelangt, las sie klopfenden Herzens die liebevollen, tröstenden Worte.

„Gleichzeitig drängen wir dich über ihre Wangen herab. Gottlob, Onkel Joachim zürnte nicht, daß sie eigenmächtig gehandelt hatte, sondern billigte ihr Verhalten.“

Sie war nur noch froh, daß sie ihm mitteilen konnte, wo sie sich befand. Ihr war selber ganz unheimlich gewesen, daß gewissermaßen zwischen ihm und ihr die Verbindung unterbrochen gewesen war.

Sie antwortete sofort und teilte ihm mit, daß sie sich in Pension Wismann befindet unter dem vorläufigen Schutz der Majorin.

Sie dankte ihm herzlich für seine Fürsorge, und er mochte nicht zürnen, wenn sie jeden Zufuß von ihm zurückweisen müßte. Sie wollte mit ihrem eigenen Vermögen auskommen, und würde es auch ganz bequemen.

Wenn es irgend möglich sei, wolle sie versuchen, Familienanschlüsse zu finden, ohne Gehalt anzunehmen. Jedenfalls versprache sie ihm nur zu gern, alles mit ihm zu beraten, was sie unternehmen würde. Diesen Brief fand sie sofort ab.

Am nächsten Tage erhielt sie einen Brief von fremder Hand. Es war die Antwort auf die Bitte, die sie abgefaßt hatte.

In diesem Schreiben teilte ihr eine Frau von Brinken auf Brinkenhof folgendes mit:

„Sehr geehrtes gnädiges Fräulein! Unter den eingelaufenen Offerten auf unser Institut hat uns die Ihre am besten gefallen. Ihre Zeugnisse aus der Pension der Madame Schöpping genügen uns als Empfehlung, denn ich kenne diese Pension selbst als eine vorzügliche und Madame Schöpping als eine gewissenhafte Frau.“

Daß sie selbst einiges Vermögen haben, ist uns lieb. Unser Gut wirkt nicht so viel ab, daß wir nicht mit Ihrem Gehalt rechnen müßten. Meine Tochter braucht aber eine junge Gesellschaftin sehr nötig, denn sie ist viel allein. Sie hat von einem Unfall ein Knieleiden zurückgebracht und ist dadurch in ihrer Bewegungsfreiheit gehindert. Ich selbst habe in unserem großen Haushalt viel zu tun und mein Mann, der Brinkenhof selbst bewirtschaftet, hat auch keine Zeit für sie. So müssen wir unsere Tochter zu viel sich selbst überlassen und wir fürchten, daß sie in ihrer Einsamkeit melancholisch werden könnte. Deshalb suchen wir eine Gesellschaftin für sie, obgleich es uns, wie gesagt, ein Bedürfnis ist, daß sie auch ein wenig bei uns verweilt. Sie würden bei uns voll-

Witte Lebens.

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

60 Gramm

Ein Nischenjohann
und großer
Mantelstod

Deutsche Volkspartei.

Deutschland hat den größten Krieg der Weltgeschichte verloren. Im Innern unseres Landes ist eine außerordentliche politische Umwälzung vor sich gegangen.

Unter diesem gewaltigen Eindruck erhob sich aus dem Bürgertum und aus den Reihen der Parteien der Ruf zur Einigung. Verhandlungen zwischen der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen Partei führten in allen grundsätzlichen Fragen zu einer Verständigung, die aber an dem Zutritt der neugegründeten demokratischen Partei scheiterte.

Die unter Führung maßgebender Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei und der überwiegenden Mehrheit der nationalliberalen Reichstags- und Landtagsfraktion fortgesetzten Verhandlungen haben zur Gründung einer

Deutschen Volkspartei

auf national-demokratischer Grundlage geführt, die sich auf untenstehendem Programm aufbaut.

Der geschäftsführende Ausschuss der Nationalliberalen Partei für die Provinz Westfalen und das Kreiswahlkomitee derer Partei für den Wahlkreis Hamm-Soeft haben in ihren Sitzungen am 28. und 29. d. Mts. einstimmig beschlossen, sich der neugegründeten

Deutschen Volkspartei

anzuschließen und ihre bisherige Organisation der neuen Partei zur Verfügung zu stellen.

In beiden Versammlungen wurde der Genugtuung darüber Ausdruck gegeben, daß die Deutsche Volkspartei gewillt ist, sich rückhaltlos auf den Boden der neuen Verhältnisse zu stellen, im guten Sinne nationale und demokratische Politik zu machen, sich aber gegen jeden Terrorismus auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete zu wenden, und daß sie daher geeignet sein wird, die Kreise von rechts und von links auch der deutschen Angestellten, Beamten und Arbeiterschaft unter ihren Fahnen zu sammeln.

Alle diejenigen, welche bereit sind, auf diesem Boden mitzuarbeiten, fordern wir zur Mitarbeit und zum Eintritt in die Deutsche Volkspartei auf. Insbesondere ergeht dieser Ruf auch an die Frauen und die Jugend, die in den Kreis der politisch Gleichberechtigten eintreten.

Hamm (Westf.), den 30. November 1918.

Kreiswahlkomitee der Nationalliberalen Partei für den Wahlkreis Hamm-Soeft.

Programm der Deutschen Volkspartei.

Die durch den gewaltsamen Umsturz veränderten Verhältnisse sprengen die alte Partei-form und zwingen zu einem Zusammen-schluß des deutschen Volkes auf neuer Grundlage. Die bisherige

Nationalliberale Partei

ist sich darüber klar, daß ihre alten Ueber-lebungen und ihr Programm nicht mehr Richtschnur für die heutige Zeit bleiben können. Sie hat die Absicht, allen Schichten des Volkes, die nach politischer Betätigung streben,

ihre Tore zu öffnen

auf der Grundlage der Anerkennung der durch die Demokratie geschaffenen Verhältnisse.

Wir treten auf den Boden der durch die Tatsache der Umwälzung geschaffenen

demokratischen Staatsform,

die sich auf das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht für beide Geschlechter stützt. Wir wünschen die

Wahrung der Reichseinheit

gegenüber Ablosungsbestrebungen und begrüßen mit voller Zustimmung die von den deutschen Völkern des Reiches gewünschte Vereinigung mit dem Reich. Lebensunfähige Staatsgebilde in Deutschland wünschen wir zu beseitigen. Wir treten ein für

unbeschränkte Selbstverwaltung

in städtischen und ländlichen Körperschaften auf demokratischer Grundlage.

Wir fordern die
Herstellung der Freiheit für Wort und Schrift,
Verein und Versammlung.

einen neuen Aufbau des Auswärtigen Amtes und der auswärtigen Vertretung. Wir be-kennen uns zum Gedanken des

Völkerbundes

und in ihm zu einer gleichberechtigten Stellung des Deutschen Reiches, dem sein Anspruch auf

koloniale Betätigung

erhalten bleiben muß. Wir wünschen eine kul-turelle Verbindung mit den Deutschen im Aus-lande und die volle Sicherstellung ihrer Er-werbstätigkeit in allen Ländern; wir wünschen endlich die

Schaffung eines Volkshoeres

nach den Erfahrungen dieses Krieges, die zu einer grundlegenden Veränderung der Anschauun-gen aller auf diesem Gebiete geführt haben.

Im Sinne der bisherigen Bestrebungen der uns angeschlossenen Frauenorganisationen wünschen wir der

Frau im öffentlichen Leben

weitestgehenden Spielraum zu geben und die von ihr angestrebte

Gleichberechtigung

zu erwirken.

Auf wirtschaftlichem Gebiete werden wir uns dafür einsetzen, daß Deutschland nicht in Verhältnisse übergeführt wird, welche lediglich staatliche oder private Riesenorganisationen auf

der einen und abhängige Existenzen auf der anderen Seite übrig lassen.

Die wirtschaftliche Selbständigkeit und Betätigung des Einzelnen

wollen wir auch im neuen Deutschland erhal-ten. Wir treten damit in bewußtem Gegensatz zu denjenigen, welche in einer Vorgesellschaftung aller Produktionsmittel und in der Auf-hebung des Privateigentums ihr politisches Ziel sehen. Wir verlangen insbesondere die Sicher-stellung der Staats- und Kriegsanleihen, der Sparkasseneinlagen und der gewährleisteten Pensions- und Rentenbezüge. Wir treten ein für die Erhaltung des

freien Bauern auf eigener Scholle,

für die Kräftigung des Bauernstandes durch großzügige Schaffung neuer ausreichender Siedlungen, wie wir die Schaffung von Kre-ditororganisationen zur Wiederaufstellung und Stärkung des durch den Krieg zerrütteten Mittelstandes fordern. Eine Vereinfachung des Verkehrsverkehrs durch

Reichseisenbahnen und Reichswasserstraßen soll den Wiederaufbau unserer Wirtschaft för-dern. Die energische Unterstützung des Klein-wohnungsbaues und der Heimstätten, ins-besondere für unsere Krieger, erstreben wir ebenso wie die Beseitigung der Auswüchse für Spekulationen auf dem Gebiete des Grund und Bodens. Eine Vereinfachung und Beseitigung des Strafrechts im Sinne moderner Anfor-derungen und die Vereinfachung des gerichtlichen

Verfahrens sind notwendig. Eine gründliche Umgestaltung des Arbeiter-, Beamten- und ge-festigten Rechts hat unter voller

Sozialpolitik

zu erfolgen. Der Ausbau der Sozialpolitik hat neue Rechtsformen für das Ver-hältnis der Angestellten und Ar-beiter zu den Unternehmungen zu schaffen. Die internationale Regelung der so-zialpolitischen Gesetzgebung ist zu erwirken. Den großen finanziellen Anforderungen, die an den Staat herantreten, ist durch ausreichende Reichseinkommen- und Gewerbesteuer, durch stärkere Erfassung der Kriegsgewinne und durch eine Ver-gensabgabe zu genügen, die jedoch in Formen erfolgen muß, welche die wirtschaftliche Tätigkeit nicht unterbinden. Allen diesen Anforderungen voran aber stellen wir für die Gegenwart das Gebot, für

Haute und Ordnung im Innern

zu sorgen. Wir werden deshalb alle Bestre-bungen der tatsächlichen Regierung unter-stützen, die auf dieses Ziel gerichtet sind. Wir verlangen vor allen Dingen die

schleunigste Etablierung einer verfassungsmäßig und gesetzgebenden Körperschaft,

ohne deren Zustimmung jede Gesetzgebung der rechtmäßigen Grundlage entbehrt. Notwendig ist endlich die schleunige Herbeiführung des Friedens, damit der neue Aufbau des deutschen Staates und der deutschen Wirtschaft sofort in Angriff genommen werden kann.

Die Belg...
Klagen besiegten...
melbet, sofort...
gen erlassen u...
stöße die T...
leder Bürger...
Offizier den...
und grüßen...
Kassenhäuser u...
einer Waffe a...
wird auf der...
Gefahren aus d...
rung genommen...
dore ausgelöst...
Geiseln durch...
den melbet der...
stellung von Ge...
rechterhaltung v...
Belgien verlang...
schon in der er...
Kathause zubrin...
Revolution ver...
Ein belgischer U...
basar verantwor...
haus betritt, der...
ist. In Köln...
der auf 11 Uhr...
Katholischkirche...
(W) Dem „...
ent“ wird von...
rückgefahren B...
daß ihm, obwohl...
belasteten Offizie...
schlagen wurde...
die Güte mit R...
Im Hotel des Be...
ein belgischer G...
Militärpersonen...
trat gegenüber e...
früher behauptet...
bleiben würde, se...
Bon den in...
wurde folgende...
schlagen:
„Es ist von...
ohne meine Erlau...
über zu betreten...
die Lebensmittel...
müssen von sie...
uhr morgens...
Kassensystem...
boten. Alle öf...
Kinos, Kaffee...
zu schließen...
schießen werden...
werde, müssen sich...
Kathause aufhalten...
Wegenverkehr ist...
werden, unterse...
eine Verfassungs...
schließen, ohne m...
sein, und ohne...
weiner Erlaubnis...
auf deutsch u...
deutsches Militär...
nicht vertreiben...
Waffen angetu...
Ich behalte...
Unter suchu...
ange Zivilis...
übergehende...
nehmen der...
essen. Und bei...
tzt, wird sel...
verfahren erf...
manövern sowie...
Weibbuße...
Wie...
Der Oberkommand...
bei Fälle...
verhandlungs...
werden; in einem...
gen B.-gr. Fern...
en, Weizsäcker